Wie Minderheiten in Europa leben

Erasmus-Projekt an Realschule: Schüler diskutieren mit Jugendlichen anderer Länder das Thema

Von Pia Mix

Traunreut/Barcelona. Seit Beginn dieses Schuljahres leitet die Walter-Mohr-Realschule ein ERASMUS+ Projekt mit dem Titel "Minorities Europe". Zusammen mit je einer Schule in Bitola (Mazedonien), Istanbul (Türkei), Molins de Rei (Spanien) und Satu Mare (Rumänien) beschäftigen sich die Schüler mit Minderheiten in den jeweiligen Ländern. Jetzt besuchten vier Traunreuter Schüler und zwei Lehrkräfte Barcelona und trafen dort auf Vertreter der vier anderen Schulen.

"Unser Europa heute ist ein Mix aus Minderheiten und deren Kulturen. Wir folgen deren Spuren quer durch Europa", lautet der Leitsatz des ERASMUS+ Projektes, das von der EU finanziert wird. In jedem der vier beteiligten Orte gibt es Minderheiten. In Traunreut sind es die vielen Bürger aus unterschiedlichen Herkunftsländern. Die anderen vier Schulen liegen jeweils in grenznahen Orten und haben ebenfalls Erfahrungen mit Minderheiten.

In Barcelona lernte die Traunreuter Delegation erst einmal die Schule kennen und war zum einen fasziniert aber auch entsetzt. Als überaus positiv bewerteten Schüler wie Lehrer die Tatsache, dass in Spanien der Unterricht voll digitalisiert ist. Jeder Schüler hat sein eigenes Notebook, in allen Klassenzimmern besteht Zugang zu schnellem Internet, Handynutzung auf dem Schulgelände ist vollkommen normal. "Der Unterricht erschien uns sehr modern", erklärt Pedro May.

Voll digitalisiert, aber in katastrophalen Schulbauten

Erschreckt zeigte er sich allerdings über den katastrophal schlechten Bauzustand der Schule. Die Räume sind alle sehr hellhörig, es herrscht ein ständiger hoher Lärmpegel. Im Musikzimmer behelfen sich die spanischen Lehrer damit, dass sie Eierwaben an die Wände kleben, die einen



Jeder Schüler hat in Spanien sein eigenes Notebook, in allen Klassenzimmern besteht Zugang zu schnellem Internet, Handynutzung auf dem Schulgelände ist vollkommen normal. – Fotos: Realschule



Sie trafen sich mit Schülern anderer Länder: Felix Bründl, Iryna Ustenko, Kerstin Huber, Renate Klupp, Moritz Märzluft und Pedro May.

Teil des Lärmes schlucken sollen, um wenigstens eine einigermaßen gute Akustik zu erreichen. Zum Thema Minderheiten erläuterten Vertreter des spanischen Roten Kreuzes, wie in ihrem Land mit Flüchtlingen verfahren wird. Neben Italien ist das südeuropäische Land dasjenige, in dem die meisten Flüchtlinge aus Afrika ankommen.

Gesprochen wurde auch über die verschiedenen Fluchtursachen. Was sich zum Thema Minderheiten in Europa angeboten hätte, wäre gerade in Barcelona, der Hauptstadt Kataloniens, das Thema Unabhängigkeit von Spanien gewesen. Doch dazu war eine Diskussion nicht möglich, sie wurde von den Spaniern gleich im Ansatz unterbunden, da das Thema zu emotional sei und nur zu Streitereien führe.

Felix Bründl, einer der teilnehmenden Schüler, war sehr beeindruckt von der Reise. Besonders gefiel ihm die schöne Stadt Barcelona, er bewunderte das Weltkulturerbe "Sagrada Familia" und fühlte sich in seiner Gastfamilie, wo er während des Aufenthaltes wohnte, sehr wohl. Mit dem Sohn der Familie hat er sich gleich an-

gefreundet und hält nach wie vor Kontakt. Felix schwärmte so sehr von der spanischen Region und der netten Gastfamilie, dass seine Eltern nächsten Sommer voraussichtlich ihren Urlaub mit ihm dort verbringen wollen. Auch mit Jugendlichen aus den anderen Ländern hat Felix sich auf Anhieb gut verstanden und konnte gleichzeitig durch die Kommunikation untereinander sein Englisch verbessern.

Im April 2019 werden die Partnerschulen aus den übrigen vier Ländern nach Traunreut kommen. Eines der Themen soll dann sein, inwieweit die modernen Medien die Meinung zu Minderheiten beeinflussen. Geplant ist, dass sich in Traunreut ansässige Gruppen und Landsmannschaften dabei vorstellen, um zu zeigen, wie das Zusammenleben vieler verschiedener Nationalitäten in der Stadt funktioniert. Im September kommen dann alle in Rumänien zusammen und im April 2020 in Mazedonien. Eine Reise in die Türkei ist vorerst aus politischen Gründen nicht geplant.